deutschen Wirklichkeit frei atmen können, ohne Vergewaltigung durch ein fremdartiges Staatssystem und ohne die separatistischen bzw. föderalistischen Störungsmanöver eines reaktionären Territorialfürstentums. Das Reich ist fest gegründet auf die naturgegebenen deutschen Stämme, die, wie der Führer sagte, die „lebendigen Bausteine" für den deutschen Neubau sind. Die Verschiedenheiten der deutschen Menschen, der Stämme, des Bodens und der Heimat klingen zusammen zur deutschen Wirklichkeit, die immer und ewig sein wird, weil das Volk die Einheit will und damit selbst der ewige Garant eines einheitlichen deutschen Staates ist.

Aus der Geschichte deutscher Getreidepolitik

Dr. Karl-Heinz Althoff, Berlin

Die Geschichte unseres Volkes lehrt, daß der Bestand einer Nation nicht nur von der völkischen oder militärischen, sondern auch von der ernährungswirtschaftlichen Seite her untergraben werden kann. Vielen Deutschen würden im Weltkriege Hunger und Elend erspart geblieben sein, wenn um die Jahrhundertwende maßgebende Stellen die Bedeutung der Ernährungswirtschaft in nationalpolitischer Hinsicht voll erkannt und aus dieser Erkenntnis die Folgerungen gezogen hätten. Die Erzeugungsschlacht ist nur deshalb notwendig, weil wir heute noch an einer verfehlten Politik der Vorkriegszeit kranken. Nachdem vom Führer das Ziel der Erringung der Rohstoff- und Nahrungsfreiheit gestellt ist, vermögen wir uns kaum noch in die Gedankengänge der damaligen Wirtschaftsauffassung hineinzuversetzen. Trotzdem dürfte es lehrreich sein zu zeigen, wie an den Ideen einiger Männer, die die Gefahren des Liberalismus erkannten, insonderheit von einem Teil der wissenschaftlich-parteipolitischen Welt gesündigt wurde. Es berührt fast tragisch, daß die Richtigkeit ihrer Vorschläge, die bereits zu einer Zeit entstanden, als kriegerische Verwicklungen noch in weiter Ferne lagen, erst durch die Grausamkeit eines Weltkrieges ihre Bestätigung finden mußten.

Mit großer Leidenschaft platzten um die Jahrhundertwende die Ansichten der Freihändler einerseits und andererseits der Schutzzöllner über die Gestaltung der deutschen Getreidewirtschaft aufeinander. Es war eine bekannte Taktik der Freihändler, die nationalwirtschaftliche Bedeutung des Getreideanbaues zu bagatellisieren. Klagen über unzureichende Getreidepreise suchten sie dadurch zu begegnen, daß sie die Landwirte zum Uebergang vom Getreideanbau zu solchen landwirtschaftlichen Erzeugungszweigen aufforderten, die konjunkturbegünstigt waren. Namentlich Lujo Brentano und seine Schüler widmeten sich mit besonderem Eifer dieser Auffassung, und vertraten die Ansicht, daß Deutschland aus verschiedensten Gründen seinen Brotgetreidebedarf im Inlande nicht erzeugen könne.

„Deutschland hat aufgehört ein Agrikulturstaat zu sein", so sagte Brentano, „und muß nach dem Vorbild Englands den Uebergang zum Industriestaat vollziehen. Und wenn auch bei der allgemeineren Nachfolge der Kulturstaaten auf dieser Entwicklungsbahn später einmal ein Mangel an Brotgetreide zu erwarten wäre, so liegt in dieser Entwicklung um deswillen kein besonderes Bedenken, weil die chemisch-technische Herstellung der menschlichen Nahrungsmittel mit einem Ueberflüssigwerden der landwirtschaftlichen Getreideproduktion dann sicher zu erwarten ist." Voll Ironie antwortete G. Ruhland: „Es handelt sich anscheinend hier um ein sicheres Inaussichtstellen der rein technischen Lösung jenes alten, bis heute noch nicht vollbrachten Wunders, aus Stein Brot zu machen".

In allen Ländern der Erde ist für die Ernährungsgrundlage der Getreidebau der weitaus wichtigste Teil der landwirtschaftlichen Produktion. Nur ein Land macht hiervon eine Ausnahme, nämlich England, das seinen Getreidebau dem Handel und der Industrie opferte. Seine Wirtschaftsentwicklung wurde Deutschland als Vorbild von

den Freihändlern empfohlen. Hingegen schienen selbst nicht einmal die englischen Arbeiterparteiler mit der Lehre Brentanos einverstanden zu sein. Denn Robert Blatchford schrieb: „Der Kapitalismus, der die englische Landwirtschaft zerstört hat, hat auch die Unabhängigkeit des englischen Staates zerstört. Noch zwanzig Jahre des blühenden Handels und des billigen Brotes wie bisher und England ist rettungslos verloren". Noch drastischer äußert sich das Parlamentsmitglied Lord George Hamilton in seinem am 20. Februar 1894 vor der Royal Statistikal Society in London gehaltenen Vortrag, in dem er sagte: „Wir sind in der Lage eines Mannes, der gezwungen ist zu spielen und seinen Spieleinsatz fortwährend zu erhöhen, nicht deshalb, weil er das Spiel liebt, sondern weil er jetzt nicht mehr aufhören kann zu spielen, ohne sich dem Verderben preiszugeben."

An die Entwicklung Deutschlands von einem Getreideexportland zu einem Importland knüpfte sich Ende der siebziger Jahre eine Bewegung an, die sich die Deckung des Getreidebedarfs ausschließlich durch inländische Produktion zum Ziele setzte. Im Motivbericht zum Zolltarif von 1879 wird die Einführung der Getreidezölle unter anderem in folgender Weise befürwortet:

„Die Gefahr liegt nahe, daß Deutschland bei fortschreitender Entwertung des Grund und Bodens hinsichtlich seiner Ernährungsverhältnisse vollständig abhängig vom Auslande wird. Zu welchen Konsequenzen ein solcher Zustand führen kann, liegt auf der Hand. Mißernten sind in Ländern wie Rußland, Rumänien, Amerika häufiger und, wenn sie eintreten, allgemeiner wie bei uns. Sie würden eine momentane vollständige Stockung der Zufuhr hervorrufen können. Die gleiche Wirkung würde ein unglücklicher Krieg, eine andauernde Blockade haben ... Es liegt nicht allein im Interesse der Landwirte, sondern der Gesamtbevölkerung überhaupt, daß der Kornbau dem Lande erhalten bleibt, und es wird Aufgabe einer gesunden Wirtschaftspolitik sein müssen, hierauf in erster Linie ihr Augenmerk zu richten." Und einige Zeilen später: „Gelingt es dem deutschen Getreidebau, das Absatzgebiet zurückzuerobern, das durch die Ueberproduktion des Auslandes verlorengegangen ist, so wird ein Anreiz gegeben sein, Flächen von neuem unter den Pflug zu bringen, die jetzt wüst liegen oder in unvollkommener Benutzung stehen. Die Frage, ob Deutschland imstande ist, den Mehrbedarf von Getreide, das wir gegenwärtig vom Auslande beziehen, künftig selbst zu produzieren, wird dann ihrer Beantwortung um einen wesentlichen Schritt nähergeführt sein."

Auch im Motivbericht zum Zolltarifentwurf von 1885 wird gesagt, daß durch eine Einschränkung des Getreidebaues Deutschland der Gefahr ausgesetzt würde, hinsichtlich seiner Ernährung der Bevölkerung vom Auslande abhängig zu werden und dadurch einer der wesentlichen Bedingungen seiner nationalen Selbständigkeit verlustig zu gehen.

Immer wieder kehrt in der folgenden Zeit die Forderung zur Deckung des Getreidebedarfes aus eigener Produktion in Erörterungen schriftlicher und mündlicher Art wieder. So setzen sich beispielsweise für diesen Gedanken A. Buchenberger, von der Goltz, G. Ruhland, Adolf Wagner, auch Bismarck ein. Insbesondere verlangt der Künder und Mahner G. Ruhland die Förderung der Landwirtschaft als Voraussetzung zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes. In einer Front mit den Schutzzöllnern betrachtet er den Schutzzoll doch nur als Notbehelf. Für ihn stellt er eine Uebergangsmaßnahme zu einer neuen Wirtschaftsgestaltung dar, die in seinem „System der politischen Oekonomie" aufgezeigt ist und die der nationalsozialistischen Marktordnung als Vorbild diente. „Dem Volk sein Brot und der Arbeit ihren Lohn", das war der Kerngedanke seiner Arbeiten. Den Auswüchsen einer einseitigen Entwicklung setzte er die Lehre von der organischen Auffassung des Volkskörpers, in dem sich alle Glieder der Volkswirtschaft gleichmäßig ausbreiten können, entgegen. In der Parole einer zügellosen wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit, die einzelne Teile der Wirtschaft begünstigten, andere hingegen vernachlässigten, sah er aus wirtschaftlichen Gründen die Entwicklung zum Kriege voraus. Er berief sich hier auf Moltke, der in der Vorrede seines Werkes „Der deutsch-französische Krieg" sagt: „Die großen Kriege in der neuen Zeit sind gegen Wunsch und Willen der Regierenden entbrannt. Die Börse hat in unseren

Tagen einen Einfluß genommen, welcher die bewaffneten Mächte für ihre Interessen ins Feld zu rufen vermag."

Aber auch in den Regierungsstellen wurden ähnliche Stimmen laut. So sagte der Landwirtschaftsminister von Hammerstein-Loxten im Preußischen Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1895 u. a.:

„Solange wir mit der Brotfrucht auf das Ausland angewiesen sind, stehen wir in einer wirtschaftlichen Abhängigkeit, wir müssen mit diesem Umstande rechnen. Wollen wir zur Unabhängigkeit kommen, so müssen wir den Getreidebau ausdehnen. Wohin sollen wir in einem Kriege, den Gott verhüten möge, kommen, wenn wir in der Ernährung vom Auslande abhängen. Deshalb müssen wir im Interesse der Verteidigung des Vaterlandes daran denken, die Landwirtschaft lohnender zu machen."

Jedoch konnte sich die Bewegung, die den Gedanken, Deutschlands Getreidebedarf ausschließlich durch inländische Produktion zu decken, verwirklichen wollte, gegenüber den freihändlerischen Kreisen um Brentano nicht durchsetzen. Diese bestritten zwar nicht, daß in technischer Beziehung in Deutschland die Möglichkeiten zur Getreidebedarfsdeckung gegeben seien, jedoch schienen ihnen die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen hierfür ungenügend. Sie machten den Männern um Ruhland den Vorwurf, daß sie sich in diesen Fragen vorwiegend von militärischen Gesichtspunkten leiten ließen. Charakteristisch für ihre Ansichten sind die Ausführungen Conrads zur Zolltarifvorlage von 1879:

„Wenn man dergleichen liest (siehe oben: „Die Gefahr liegt nahe . . ."), fragt man sich unwillkürlich, in welchem Jahrhundert und in welchem Lande ist das geschrieben?! Man könnte es sich noch erklären, wenn man jemand in aufgeregter Rede, von dem Momente in Ermangelung einer Ausrede gedrängt, als Argument hinwirft, aber von seiten der Regierung als wohldurchdachte Begründung einer wichtigen Gesetzesvorlage bleibt es unbegreiflich und, da dies noch im Reichstage Verteidigung fand, tief deprimierend als Zeichen der geringen volkswirtschaftlichen Bildung (! Der Verf.) Deutschlands in unserer Zeit. — Sind nicht gegenwärtig alle Länder Europas bereits hinsichtlich der Ernährungsverhältnisse abhängig vom Auslande? Lebt man heutzutage nur vom Brot allein? Kann man Deutschland einschließen wie eine Festung? Oder ist es nicht gerade durch seine eigentümliche Lage und das ausgebildete Eisenbahnnetz unter allen absehbaren Umständen in die Möglichkeit versetzt, eventuell auf Umwegen jede nötige Quantität Getreide zuzuführen? — Stehen aber alle in Betracht kommenden Länder, nicht nur Rußland und Frankreich, sondern auch Oesterreich und England, zugleich Deutschland mit den Waffen in der Hand gegenüber, dann ist nicht erst Aushungerung nötig, um ihm die Friedensbedingungen zu diktieren . . ." (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1880, Seite 30 und 31.)

Angesichts des verlorenen Krieges stehen wir heute vor einer derartigen „volkswirtschaftlichen Bildung" sprachlos da!

Jedoch wurde diesen Ausführungen von seiten des in einer pazifistischen Ideologie befangenen Brentanokreises lebhaft zugestimmt. Denn sie „zeigen uns, daß das militärische Argument gänzlich unbegründet ist. Wenn dies jedoch nicht der Fall wäre, wenn Deutschland tatsächlich in die Lage kommen könnte, im Kriegsfalle lediglich infolge Mangels an Nahrungsmitteln den kürzeren zu ziehen", so heißt es in den Studien eines Brentano-Schülers (Robert Drill: „Soll Deutschland seinen Getreidebedarf selbst produzieren?") „dann würden bestimmt die politischen und militärischen Organe berechtigt sein, die Forderung zu stellen, daß Deutschland seinen Getreidebedarf selbst decke."

„Ohne Zweifel muß auch der Wirtschaftspolitiker die Eventualität der Aushungerung in den Kreis seiner Betrachtung ziehen, da ein unglücklicher Krieg den Wohlstand des Volkes ungleich schwerer schädigen würde, als ein siegreicher —, auch der Wirtschaftspolitiker mag sich dahin aussprechen, daß es notwendig sei, den heimischen Bedarf durch inländische Produktion zu decken. Ist aber hiermit seine Aufgabe erschöpft? Staatsmänner und Soldaten mögen immerhin kurzweg fordern, daß sich Deutschland hinsichtlich der Nahrung unabhängig mache, der Volkswirt wird aber die wirt-

schaftlichen Bedingungen klarzulegen haben, unter welchen dieses Ziel erreicht werden kann; dann erst wird es möglich sein, Vorteile und Nachteile abzuwägen und zu entscheiden, ob die gewünschte Steigerung der Getreideproduktion in ökonomischer Beziehung leicht durchführbar ist, oder ob sie Opfer mit sich bringt, die den gegenwärtigen Zustand auch denjenigen als das kleinere Uebel erscheinen lassen, welcher an die Möglichkeit der Aushungerung glaubt. Es ist daher sonderbar, daß die Autoren (zumeist Nationalökonomen), welche sich für den fraglichen Gedanken ausgesprochen haben, uns über den wirtschaftlichen Teil der Sache entweder gar nicht oder doch in ganz unzureichendem Maße aufklären."

Wohl mochten also Wirtschaftspolitiker, Staatsmänner und Soldaten mit Recht die Deckung des Bedarfes aus eigener Produktion fordern. Aber sie alle hatten sich der weisen Erkenntnis einiger freihändlerisch eingestellten Volkswissenschaftler zu beugen, die glaubten, Existenzfragen unseres Volkes nach Abwägung wirtschaftlicher Vor- und Nachteile lösen zu können. Ihrer Kurzsichtigkeit verdanken wir letzten Endes den ernährungswirtschaftlichen Zusammenbruch im Weltkriege. Was Brentano und seine Schüler nicht sehen wollten, wurde hier Wirklichkeit. Die Einkreisung Deutschlands erfolgte nicht nur nach militärischen, sondern auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Der englische Aushungerungsplan unterhöhlte die deutsche Ernährungswirtschaft. Trotz des eisernen Ringes, der sich um unsere Grenzen legte, blieben die deutschen Waffen siegreich. Sie hätten den Endsieg erkämpft, wenn Deutschland sich in einem wirtschaftlichen Zustande befunden hätte, der den Forderungen Ruhlands und seiner Ideenanhänger entsprach.

„Der rechnende, und zwar richtig rechnende Landwirt", so heißt es in der Arbeit Robert Drills weiter, „wird sein Kapital unter Berücksichtigung der natürlichen Verhältnisse stets zur Ausdehnung und Intensivierung derjenigen Wirtschaftszweige verwenden, die nach den jeweiligen und voraussichtlichen Konjunkturen am besten rentieren". Das würde also bedeuten, daß Betriebszweige, deren Erzeugung nach dem Grundsatz der internationalen Arbeitsteilung im Auslande billiger erfolgen kann, aus Deutschland auswandern müssen. Einwendungen, Deutschland könne dabei eine ähnliche Entwicklung nehmen wie England, wurden als Schreckbilder abgetan.

„Wer die Verhältnisse objektiv beurteilt, wird erkennen, daß die dauernde Verwirklichung des Gedankens, Deutschlands Getreideversorgung vom Auslande unabhängig zu machen, für absehbare Zeit vollkommen ausgeschlossen erscheint."

Die ganze Engstirnigkeit eines privatwirtschaftlichen Denkens, das auf große wirtschaftspolitische Fragen übertragen wird, tritt hier klar zutage. Deutlich zeigt uns dieses Beispiel, wie wenig der Maßstab des Wirtschaftsprinzips im alten Sinne des Wortes dort angewandt werden kann, wo Schicksalsfragen einer Nation auf dem Spiele stehen. Wenn sich die Staatsführung von Rentabilitätserwägungen leiten läßt, kann dies, wie in Irland im 18. Jahrhundert zur Vernichtung des Bauernstandes, wie in England im 19. Jahrhundert zur Latifundienbildung und wie in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem Verfall der Landwirtschaft und Verachtung des Bauerntums führen, dessen Auswirkung sich im Weltkriege und in der Nachkriegszeit bis zur Machtübernahme zeigten.

In Verkennung der wirtschaftlichen Aufgaben unterblieb die Vorsorge für eine Ernährungswirtschaft, die den Bedürfnissen des Krieges entsprach. Wenn noch im Jahre 1912 ein freisinniger Abgeordneter sagte, „das patriotische Geschrei, das für den Kriegsfall die heimische Landwirtschaft den Bedarf des deutschen Volkes decken müsse, ist eitel Humbug, ist nur das patriotische Mäntelchen für eigennützige Zwecke", so ist das ein Zeichen dafür, wie wissenschaftliche Kreise, die den Maßstab des ökonomischen Prinzips auf die Wirtschaft einer Nation anwandten, Einfluß auf die Politik gewinnen konnten.

Die nationalsozialistische Agrarpolitik hat, gezwungen durch die Erkenntnisse des Weltkrieges und durch die rapide Abwärtsentwicklung der Landwirtschaft, den Gedanken der Selbstversorgung Deutschlands wieder aufgegriffen. Die deutsche Getreidewirtschaft wurde trotz schwierigerer Verhältnisse als zu Beginn des 20. Jahrhunderts

in kürzester Zeit vom Auslande gelöst. Damit konnte auf der Grundlage einer autoritären Staatsführung das von dem Stabsamtsführer des Reichsnährstandes, Dr. Reischle, bereits schon vor der Machtübernahme im Sommer 1932 in generalstabsmäßiger Vorarbeit gesteckte Ziel erreicht werden: „Sinn und Zweck einer solchen Getreidepolitik kann nur sein, durch eine Stabilisierung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe und auf weite Sicht hinaus dem Bauern wiederum einen festen Boden unter die Füße zu geben und ihm damit seine volkswirtschaftliche Aufgabe, die Selbstversorgung des Volkes mit den wichtigsten Lebensmitteln sicherzustellen, erst auf die Dauer zu ermöglichen." Es gelang inzwischen weiterhin, landwirtschaftliche Erzeugungszweige, die auf Grund der liberalistischen Wirtschaftsauffassung über die deutschen Grenzen wandern mußten, wieder nach Deutschland hereinzuholen, zu fördern und in einem Umfange auszudehnen, der einen wesentlichen Schritt zur eigenen Bedarfsdeckung bedeutet. Eine Vorratspolitik, wie sie vor dem Weltkriege Graf Kanitz nach dem Vorbild der Getreidepolitik Friedrichs des Großen für den Kriegsfall forderte, die aber in sträflicher Sorglosigkeit unterblieb, hat wieder eingesetzt. Dank der nationalsozialistischen Agrargesetzgebung befindet sich die deutsche Landwirtschaft in der Lage, die Produktion auf eine Höhe zu bringen, die erwarten läßt, daß der Bestand unseres Volkes von der Ernährungsseite her in Zukunft nicht mehr untergraben werden kann.

Für jedes Fach den Facharbeiter! *Theodor Frank, Berlin*

Die Notwendigkeit der Erweiterung unseres Wirtschaftsraumes hat in Deutschland viele Menschen veranlaßt, das Kolonialproblem nach allen Seiten hin zu untersuchen, Denkschriften und Planungen für die wirtschaftliche Erschließung auszuarbeiten, die Eingeborenenfrage zu studieren, Beiträge zum Gesundheitsdienst in den Kolonien und andere wichtige Abhandlungen zu liefern. Manche, die mit der Kolonialfrage nicht das geringste zu tun haben, fühlen sich nunmehr veranlaßt, alles zu unternehmen, um rechtzeitig den Anschluß zu finden.

Gewiß sind viele, deren Wille, am Kolonialaufbau mitzuhelfen, von einem gesunden Idealismus getragen wird, ernstlich bemüht, wertvolle und praktische Beiträge zur Behandlung der Kolonialfrage zu liefern. Neben diesen ehrlich Strebenden machen sich aber auch solche breit, die glauben, auf Grund ihrer Herkunft oder ihrer bisherigen Lebenserfahrungen für die Kolonialarbeit eine ganz besondere Befähigung mitzubringen. Es sind die Menschen, die jetzt schon an die Verteilung der Aufgaben gehen, die alle wirtschaftlichen Momente gegeneinander abgewogen haben und keine andere Sorge kennen als die, ihr Geld zur rechten Zeit und am rechten Ort anzulegen; denn sie betrachten überseeische Besitzungen nur vom privatwirtschaftlichen — vom kapitalistischen — nicht aber vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus.

Das ist eine Erscheinung, der jeder, der sich mit der Kolonialfrage befaßt, begegnet; eine andere, nicht weniger auffallende Tatsache ist die, daß viele Elemente, die nur aus Abenteurerlust in die Kolonien abwandern wollen, deshalb eine Gefahr bilden, weil sie nicht mit dem festen Vorsatz hinausgehen, wirklich positive Arbeit zu leisten. Man muß vor diesen Abenteurern rechtzeitig warnen; wir kennen sie bereits aus der früheren Kolonialzeit und wissen, daß sie dem Ansehen einer sachlichen Kolonialarbeit schaden.

Fraglos muß Deutschland, wenn es wieder in den Besitz seiner Kolonien gelangt, eine außerordentlich hohe Anzahl Facharbeiter hinausschicken. Koloniallandwirte, Förster, Ingenieure, Techniker, Kaufleute und Beamte werden ein großes, fast neues Betätigungsfeld vorfinden; sie werden in den Kolonien vor Aufgaben gestellt, zu denen ihnen die Heimat manches zwar mitgibt, nicht ohne weiteres aber die besondere Eignung, die zum Dienst in Kolonien unbedingt erforderlich ist.

Das Ergebnis der Kolonisierung zweier großer Kontinente — Nord- und Südamerika — beweist, wie kaum ein anderes